

Merseburger Tageblatt

Kreisblatt

Zeitung für Stadt u.

Kreis Merseburg

Amtliches Anzeigblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden.

Nr. 26.

Freitag, den 31. Januar 1919.

159. Jahrgang.

Amtliche Anzeigen

Seite 6 betr.

Abteilung der Reichsleiter.

Tageschronik

Der Streit um die Kommandogewalt.
Seltene Aufnahme der Willkürherrscher. Einleitend des Kommandobereichs der Berliner Sicherheitsmannschaft.
Kampf zwischen Polen und Deutschen in Westpreußen.
Neue Unruhen in Oberschlesien.
Die Gefahr der Arbeitslosigkeit.
Das wahre Gesicht der Pariser Konferenz.
Französischer Gewaltakt.

Das preussische Wahlergebnis.

Das Endresultat aus den Wahlen zur preussischen Landesversammlung liegt noch nicht in allen Bezirken vor. Lediglich das Ergebnis aus dem 8. Wahlkreis (Köpen mit 21 Mandaten) ist noch und bisher nicht bekannt worden, da seit gestern mittag jede Verbindung mit der Wojewode Agentur des W. I. B. geflohen ist. Von den 401 Mandaten entfielen auf:

Christlichdemokratische Partei	142 Mandate
Christlichsozialer Partei	87 Mandate
Demokratische Partei	61 Mandate
Christlichsozialer Partei	41 Mandate
Unabhängigen	24 Mandate
Deutsche Volkspartei	18 Mandate
Weissen	6 Mandate

Derzeit ein Bauerndemokrat in Schleswig-Holstein.

Das Ergebnis ist für die nationalen Parteien vorteilhaft. Die Christlichdemokratische Partei gewann in dem 8. Wahlkreis 21 Mandate, nur 2 weniger als die Demokraten, deren 61 Mandate kaum den strengen Bestimmungen entsprechen dürften, die zu Beginn des Wahlkampfes in den Parteiblättern zu ihrer Geltung erlangten. Ueber alles Erwarten gering ist die Zahl der sozialistischen Abgeordneten. Mehrheitsgegner und Unabhängige verfügten über 166 Mandate, denen 235 bürgerliche gegenüberstehen. Damit wird auch hier die demokratische Partei das Jüngling an der Waage und ihre Verurteilung für die zukünftige Gestaltung unseres preussischen Staates ist eine ungetreue. Befürchtet sich die Partei nicht auf ihren deutschen und bürgerlichen Charakter, so ist ihr Anteil für lange gesunken und das Volk wird bei den nächsten Reichstags- und Landtagswahlen unerbittlich über sie zu Gericht sitzen. Der Verlauf der preussischen Wahlen, namentlich die Zunahme der Enthaltung, ist bedauerlich für sie an sich, nicht aber zu beweisen, daß die Willkür der Wähler, des Kritikers wie des reformierten Nationalismus, langsam beseitigt werden. Die Kräfte, an denen man auch die Parteien und die Regierung erkennen soll, sind allzu bitter, als daß man zu weiterer Versuch sich ansetzen könnte. Ob freilich das bereits angesetzte schwere Unheil in seinem Lauf noch aufzuhalten sein wird, steht dahin. Große Hoffnungen in dieser Hinsicht dürfen leider nicht mehr gesetzt werden! Aber die Arbeit der nationalen Parteien für die Verbesserung unseres Volkes aus selbstverständlicher Idemität. Was vertritt wachsenden Erfolg und ermöglicht zu ruhiger weiter Förderung. Dieser Hoffnungsstrahl dürfen wir aus den preussischen Landeswahlen spezialisiert schöpfen.

Wahlergebnisse aus einzelnen Bezirken.

Wie verzeichnet in folgendem die Unabhängigen mit 11, die Mehrheitsgegner mit 5, die deutsche demokratische Partei mit 3, die Christlichdemokratische Partei mit 3, die Christlichsozialer Partei mit 3.
Berlin, 30. Januar. Im Berliner Wahlkreis entfielen die Mandate auf folgende Parteien: Die 26 Mandate verteilten sich wie folgt: 1. D. 3, 2. D. 3, 3. D. 3, 4. D. 3, 5. D. 3, 6. D. 3, 7. D. 3, 8. D. 3, 9. D. 3, 10. D. 3, 11. D. 3, 12. D. 3, 13. D. 3, 14. D. 3, 15. D. 3, 16. D. 3, 17. D. 3, 18. D. 3, 19. D. 3, 20. D. 3, 21. D. 3, 22. D. 3, 23. D. 3, 24. D. 3, 25. D. 3, 26. D. 3.
Ahn, 30. Januar. (20. Wahlkreis Ahn und Aachen): 223 040 (ein Sitz), D 69 813 (1 Sitz), 91 25 849 (sein Sitz), B 30 760 (ein Sitz) und 3 547 940 (12 Sitze).
Düsseldorf, 30. Januar. (22. Wahlkreis Düsseldorf): 150 154 (3 Sitze), S 222 178 (5 Sitze), D 95 801 (2 Sitze), N 131 690 (3 Sitze), S 255 700 (5 Sitze), — (23. Wahlkreis Düsseldorf): 176 908 (4 Sitze), D 44 556 (1 Sitz), 9, 9, 9 und 3 zusammen 437 169 Stimmen (3, 9 Sitze, 9 und 3 je 1 Sitz).
Stein, 30. Januar. (7. Wahlkreis Stein): 110 224 (seinen Sitz), S 290 541 (7 Sitze), D 134 079 (3 Sitze), N 176 020 (5 Sitze).
Hannover, 30. Januar. (6. Wahlkreis Hannover): 110 977 (sein Sitz), S 410 003 (9 Sitze), D 88 771 (1 Sitz), 91 24 229 (sein Sitz), 9 80 302 (2 Sitze), Deutschhannoverische und 3 205 584 (7 Sitze).

Geletz über die vorläufige Reichsgewalt.

Am den Industrietagen, die auf unkontrollierbarem Wege während der letzten Tage in die Presse gelangt sind, ein Ende zu machen, veröffentlicht die Reichsregierung den Entwurf des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt. Dieser Entwurf ist aus den Beratungen der bundesstaatlichen Kommission hervorgegangen und hat in einer sehr langen Beratung des Reichstages am Dienstag einigend angenommen erfahren. Der Entwurf, der eben wie die Reichsregierung erhebliche Bedenken hat, wird im nächsten Reichstagsrat und dann erst endgültig Stellung nehmen. Hiermit soll er den bundesstaatlichen Vertretern wegen der vorzunehmenden Beratungen nochmals vorgelegt werden. Der Entwurf lautet:

§ 1. Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung hat die Aufgabe, die künftige Reichsverfassung sowie auch sämtliche bringenden Reichsgesetze zu beschließen.

§ 2. Die Einbringung von Vorlagen der Reichsregierung an die Nationalversammlung bedarf, unbeschadet Absatz 4, der Zustimmung des Staatsrats. In dem Staatsrat sind die Mitglieder der Reichsregierung, die Mitglieder der Reichsversammlung und die Mitglieder der Reichsversammlung. Die Reichsregierung hat die Aufgabe, die künftige Reichsverfassung sowie auch sämtliche bringenden Reichsgesetze zu beschließen. Die Reichsversammlung hat die Aufgabe, die künftige Reichsverfassung sowie auch sämtliche bringenden Reichsgesetze zu beschließen. Die Reichsversammlung hat die Aufgabe, die künftige Reichsverfassung sowie auch sämtliche bringenden Reichsgesetze zu beschließen.

§ 3. Die Mitglieder der Reichsregierung und des Staatsrats können an den Verhandlungen der Nationalversammlung teilnehmen und jederzeit das Wort ergreifen, um die Ansichten ihrer Regierungen zu vertreten.

§ 4. Die künftige Reichsverfassung wird von der Nationalversammlung verabschiedet. Der Gebietsbestand eines Reiches kann jedoch nur mit seiner Zustimmung geändert werden. Im übrigen kommt ein Gesetz durch Mehrheitsentscheidung zustande. Bis dahin nimmt es mit beider Zustimmung zu. Ein solches Übereinkommen nicht zu erzielen, so hat der Reichspräsident die Entscheidung durch Volksabstimmung herbeizuführen.

§ 5. Auf die Nationalversammlung finden Artikel 21 bis 29 und 36 bis 33 der bisherigen Reichsverfassung entsprechende Anwendung.

§ 6. Die Geschäfte des Reichs werden von einem Reichspräsidenten geleitet. Der Reichspräsident hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reiches Verträge mit auswärtigen Mächten einzugehen, sowie Gesandte zu entsenden und zu empfangen, Kriegserklärungen und Friedensschlüsse erlassen durch Reichsgesetz. Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsverwaltung beziehen, bedürfen der Zustimmung der Nationalversammlung und des Staatsrats. Sobald das Deutsche Reich einem Bündnis mit dem Ziele des Ausschusses oder geheimen Verträge beizutreten sein wird, bedürfen alle Verträge mit den in dem Bündnis beteiligten Staaten der Zustimmung der Nationalversammlung und des Staatsrats. Der Reichspräsident ist verpflichtet, die gemäß der Reichsverfassung 1 bis 4 und 6 beschlossenen Reichsgesetze und Verträge im Reichsgesetzblatt zu veröffentlichen.

§ 7. Der Reichspräsident wird von der Nationalversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Sein Amt dauert bis zum Antritt der neuen Reichspräsidenten, der auf Grund der Reichsverfassung gewählt wird.

§ 8. Der Reichspräsident beruft für die Führung der Reichsregierung ein Reichsministerium, dem sämtliche Reichsbehörden und die Oberste Verwaltungsinstanz unterstellt sind. Die Reichsminister berichten zu ihrer Amtsführung dem Reichspräsidenten.

§ 9. Alle zivilen und militärischen Anordnungen und Verfügungen der Reichspräsidenten bedürfen in ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung durch einen Reichsminister. Die Reichsminister sind für die Führung ihrer Geschäfte der Nationalversammlung verantwortlich.

Der Anschluß Deutsch-Oesterreichs.

Die Wiener „N. Fr. Pr.“ meldet: Die deutsche Nationalversammlung wird in Wien prüfen, ob sie den Anschluß

Die Erwerbslosigkeit als Erwerb.

Unter Landwirtschaftlichen haben noch ein halbamtlicher Wettbewerb, annähernd 600 000 Arbeitskräfte, während die Zahl der Berliner Arbeitlosen auf rund 200 000 beläuft wird. Dabei ist es aber nicht einmal möglich gewesen, für den Bau der Untergrundbahn, für die Erwerbslosigkeit u. a. m. auch nur einen Teil der benötigten Arbeiter zu bekommen. Die Leute denken gar nicht daran, ihre ungenutzte, kostbare Freiheit, diese Erwerbslosigkeit der Arbeiterrevolution aufzugeben. Wenn ein Arbeitsloser für sich 8 Mark tägliche Unterhaltung und für jedes Kind 1 Mark erhält, so laßt er doch eine Wohlthat, der ihm 14 Mark Tagelohn anbietet. Dann tut er lieber nichts, idem keine Stunden und „part d'admission“, wie man sich in Berlin öfters ausbrückt. Als ein fähiger Arbeiter aber für seine ehemalige Arbeitslosigkeit hat, so hat er sich über ihn läßt, und mit Recht: Sie bezogen für ihr Fehlen eine höhere Unterhaltung, als er für seine künftige Tätigkeit Lohn empfängt. Wie sollte es einem Mädchen mit 20 Mark monatlicher Erwerbslosigkeit einfallen, sich eine Stellung als Dienstmädchen zu suchen? Der Vogel hat wohlgeheißene jene Wänderer Familie abgeschlossen, die sich, wie der sozialdemokratische Minister Unterlechner bemerkt hat, insgesamt auf 1048 Mark Arbeitslosenunterstützung im Monat fand. „Wer Arbeit nicht und sich nicht beist, der ist verdammt.“ Das ist eine tolle Aussage, hat jetzt einen ganz neuen Sinn und höhere Werte erlangt. Und dies umso mehr, als zahlreiche Löhne, die in Berlin, sich heftig haben, den Arbeitslosen billig oder ganz im Wert freient, und Arbeitsverstellungen zu geben. Heutzutage laßt man in wärdigen Sozialenland nicht ein.

Die Reichspräsident unserer Reichsarbeit arbeiten mit Hochdruck fort, so schnell wie die Petersburger und Moskauer. Wir werden bald so weit sein, daß die einzige wirtschaftliche Arbeit, die bei uns geleistet wird, die Herstellung von Geldscheinen ist. Geldscheine, möglicherweise, Vorläufer aller die Scheine. Denn mit produktiver Arbeit bezahlt müssen eines Tages auch diese Papiergeldtante und Ionens werden. Wenn hierzulande Arbeit erloschen besteht, so ist die Arbeiterbewegung in Stadt und Land einseitig die Hände reißt. Nicht die Arbeit ist verloren. Tante er ebenfalls in den Streit über ergriffen den nächsten Schritt der Erwerbslosigkeit, dann können freilich mit einem Schlag alle Arbeiter still und der völlige Zusammenbruch wäre da. Alle die Dinge jetzt gehen, kann und vielleicht noch bis einem künftigen Jahrgang überdauern. Denn ist die deutsche Wirtschaft einfallen ist.

Was wirklich schwerer Sorge ist die Arbeiterbewegung auf das Treiben. Sie weiß, daß keine unerschütterte Regierung das Ende aller revolutionären Erwerbslosigkeit bedeutet. Selbstverständlich, Kampfbereitschaft, gewalttätige Gestaltungen und allgemeine Volkseinstimmung dazu — das erweist unsere Volkswirtschaft nicht. So hat man sich in Berlin dazu aufgerufen: „Anwaltsmaßnahmen“ anzubringen. Vereinfacht einmal ein solcher Dreck ausgeht werden, die Erwerbslosenunterstützung soll all denen dieser Art zugeführt werden, die in der Lage sind, sich zu halten. Diese Art ist nicht völlig aus den Augen, so hätte man sich bei dieser Art Monarchie lang aus den Tänden der Steuerzahler freigeschafft. Die Arbeiterbewegung unterhalten werden, selbst wenn es sich mit seinem Schritt um Arbeit bemüht, und ihm angeborene Freiheit verweigert hat? Doch Elemente dieser Art dem „sanften Dreck“ nicht Folge leisten werden, liegt auf der Hand. Dafür fühlen sie sich zu sehr als Herren der Situation. Sie wollen die Fülle des Arztes genießen, die ihnen jährlich Jahre lang gemacht kostlichen Versicherungen erfüllt haben. Inzwischen würde Arbeit nicht, weil die Regierung gegen sie nicht umarmen wollen. Welche Art, wenn sie die gesellschaftlichen Großtätigkeiten fränk und wider sich in Bewegung setzt!

Die Drohung, daß vor härteren Maßnahmen nicht zurückgeblieben werden würde, muß deshalb notwendig wirksames bleiben. Alle Welt hält sie für einen bluff. Sieer können nur entschlossene Machtkräfte mit toller Kraft zu überwinden. Die deutsche Nationalversammlung ist die erste, die sich nicht, so hoch das weitere Gesetzestexten schon hier Wille nicht, so hoch das können. Aber jeder verdächtige Tag fällt stärker den Tag des Entschlusses herauf, um Führer und Volk, vielleicht die Weltliche des Prellens, die Parteien zu einer Anwaltsmaßnahmen treiben, von deren Nützlichkeit sich heute unter Unbelümmerten nicht träumen lassen.

Deutsch-Oesterreichs an Deutschland während der Reichstagskonferenz oder es ist nach Untersuchung des Reichstagsvertrages ausprechen soll. Eine Untersuchung für den in Deutschland allgemein akzeptierten Entwurf ist ebenfalls zu erwarten. Die wirtschaftlichen Fragen werden bereits in den amtlichen Stellen gewickelt.

Schleswig-Holstein fordert erweiterte Vollmachten

Die provisorische Provinzialregierung Schleswig-Holsteins hat an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet, in der sie folgende Forderungen stellt:

1. Weigeborne Vollmacht, mit den nachstehenden deutschen Gesandtschaften Norddänemarks und Dänemarks zu verhandeln.

2. Vollmacht für den Ernennungskommissar für Schleswig-Holstein bezüglich der Wählerregistrierung für die Wahlen zum Reichstag, sowie der dem Ernennungskommissar zuwählenden Aufgaben in den besagten Teilen der Provinz.

3. Anerkennung der provisorischen Regierung Schleswig-Holsteins unter unbedingter Wahrung der Reichseinheit und Berücksichtigung der weiteren Entwicklungsmöglichkeiten bei der Provinz.

Wie man hört, sind Vertreter der provisorischen Provinzialregierung zu Verhandlungen mit der Reichsregierung in Berlin erschienen.

Die schleswig-holsteinischen Verhandlungen gehen weiter.

Die Verhandlungen zwischen der schleswigischen Regierung und den schleswigischen Reichsständen sind nicht, wie diese Tage von einer Zeitungsfabrikation gemeinhin wurde, als gänzlich erloschen zu betrachten, sie werden im Gegenteil fortgesetzt und verprochen, namentlich was die künftige wirtschaftliche Verbindung anlangt, einen guten Erfolg.

Ein Siedelungsplan.

Wie der Direktor der Kaiserlichen Landwirtschaftskammer, Landbesitzermeister, mitteilt, steht die Verwirklichung eines Siedlungsplans über Siedelung bevor, wozu der Großgrundbesitz 10 Prozent von der Fläche abtreten muß. Ferner sollen folgende Kategorien von Gütern eingegeben werden: erstens solche, die von Kriegsgewinnern gekauft sind, zweitens die in den letzten 25 Jahren nach dem Verlust geworfen haben, drittens die schiedsrichtersachen, viertens deren Besitzer nicht selbst wirtschaften, und fünftens die aus Ruinengründen zusammenzufassen.

Die zunehmende Arbeitslosigkeit.

Die Arbeitslosenstellen wachsen von Tag zu Tag mehr an, in erster Linie in den großen Städten und Industriestädten. Sämtliche Arbeitsnachweise zeigen darüber, daß die Arbeitslosigkeit in den Städten lebhaft zunimmt, während ein unermessliches Hindernis für die Überwindung von Arbeitslosigkeit auf das Land ist. Die Landwirtschaft hat leider wieder auf ausländische Kräfte zurückgreifen zu müssen und Schiffe sind bereits, um Schiffe durch Überwindung eines großen Teils der ausländischen Arbeiter einzuführen.

Der Rohlenbergbau liegt ebenfalls noch vor unter dem Druck einer unerschöpflichen Nachfrage nach Arbeitskräften. In Westfalen sind zwar verhältnismäßig viele Arbeiter in den Bergwerken zu überflüssig, doch ist der Erfolg bisher noch sehr gering. In der Zukunft müßte die Arbeitslosigkeit geringer und ungesetzlicher Arbeitskräfte zuhebend. Ebenso unglücklich liegen im Zusammenhang mit der unheimlichen wirtschaftlichen Situation die Bauverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt der landwirtschaftlichen Arbeiter, ohne jede Aussicht auf eine baldige Besserung.

Der weibliche Arbeitsmarkt ist durch die Entlassung weiterer Arbeiterinnen der Stellungsinhaberin sowie der rückläufigen Industrie gekennzeichnet. In der Landwirtschaft werden die dringend veranlagt, daß die während des Krieges in die Städte abgetriebenen landwirtschaftlichen Frauen wieder in ihre früheren Arbeitsstellen zurückkehren.

Während im Ruhrgebiet immer noch etwas mehr Arbeit gefunden wird, so ist die Lage dort ebenfalls nicht so günstig, wie es in der Öffentlichkeit häufig aus dem Munde der Arbeiter zu hören ist. Im Ruhrgebiet ist die Lage in der letzten Zeit noch schlimmer.

Kammer ist eine Bewegung der Gewerkschaften eingeleitet. Die im allgemeinen Interesse gebende Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist aber erst dann zu erreichen, wenn nachdrückliche Maßnahmen der Beseitigung ungenutzter Arbeitskräfte getroffen werden.

1. Die Beseitigung des Arbeitsmarktes, eine Arbeit anzunehmen, die ihm nach seinen körperlichen Eigenschaften werden kann und für die entsprechende, ordentliche Lohn gewährt wird, muß endlich durchgeführt werden.

2. Es ist ferner als bisher heraus zu bringen, daß Personen, die während des Krieges zur Aufnahme von Arbeit in einen anderen Teil des Landes und dort keine Arbeit mehr finden, in ihren früheren Wohnort zurückkehren.

3. Die bislang bestehende Freiheit der Gemeinden bei Bestimmung der Arbeitsnachweise und -angelegenheiten, wobei die Städte vornehmlich eine Rolle spielen, die nicht mehr zu berücksichtigen ist und die Gewerkschaften der Arbeit zurückzuführen.

4. Um verheerenden Auswirkungen der Annahme von Arbeit außerhalb ihrer Wohnorte zu vermeiden, muß die Gemeinde die Befugnis erhalten, der unzufriedenen Familie die Familienmitglieder zur Unterstützung zu belassen.

Die Befangenheit der Spartakisten in Wilhelmshaven.

Die Lage in Wilhelmshaven hat sich jetzt geklärt. In der Nacht vom Sonntag zum Montag wurden plötzlich die Hauptkräfte der Spartakisten und Mitglieder und führenden Mitglieder durch Spartakisten befehligt. Der Hauptkommandant war der aus Bremen herüberkommene Leutnant v. d. Brunn, der in Bremen am vergangenen Dienstag mit einem Spontanausschuss einen bösen Streit erlitten hatte. Er schickte in Wilhelmshaven Befehlsmannschaften, wonach das Strandrevier vertrieben und die sozialistische Republik ausgerufen wurde. Sofort traten darauf sämtliche Beamten der städtischen Verwaltung sowie der Kommunalbehörden in den Streit ein. Die Bürgerwehr leistete in einer großen Massenversammlung die sofortige Befreiung der Spartakisten von A. und S. Mat und vom Herr v. d. Brunn. Es kam daraufhin zu Verhandlungen, die die Spartakisten in Gruppe befreite, jedoch die Reichsland und ca. 2 Millionen Mark, darunter den ganzen Goldbestand. Das war der Inhalt von einer Erklärung der Spartakisten in der Zeitungsmaschine, wobei es während der Nacht vom Montag zum Dienstag zu schweren Schießereien mit O. J. M. Bootmannen, Maschinenführern und Sandgranaten kam. Am frühen Morgen des Dienstag ergriffen sich die Spartakisten, ungefähr 600 Mann wurden gefangen genommen. Die Nacht ist vollständig wieder hergestellt, der Bürger wird aufgenommen. Die Arbeiter gehen unerschrocken weiter, doch ist gegen die Bildung einer Sonderrepublik und gegen die Besetzung von Berlin im.

Zwei verheißt.

Der Leutnant v. d. Brunn, der in Bremen und Wilhelmshaven die sozialistischen Unruhen hervorgerufen hatte, ist am Mittwoch in Wilhelmshaven, als Marineoffizier, verhaftet worden. Er ist in die Kaserne des Seebatalions eingekerkert worden und steht dort dem weiteren Verhör entgegen.

Der Streik im Redebour.

Die Inhaftierung eines Mitgliedes der Redebour Arbeiterpartei in der letzten Sitzung des Reichstages in der Reichsregierung war ein mündliches Verbot, die Reichsregierung hat die Aufforderung abgelehnt. Der Volksrat ist nicht mehr, sondern der Zentralrat der A. und S. M. Deutschlands, mit dessen Einverständnis alle Maßnahmen der Regierung getroffen werden.

Eine abgelehnte Einladung.

In der letzten Sitzung des Volksrats der A. und S. M. Deutschlands war ein Antrag angenommen worden, der die Reichsregierung zur mündlichen Berücksichtigung über die Spartakisten wach aufzufordern. Die Reichsregierung hat die Aufforderung abgelehnt. Der Volksrat ist nicht mehr, sondern der Zentralrat der A. und S. M. Deutschlands, mit dessen Einverständnis alle Maßnahmen der Regierung getroffen werden.

Rücktritt des Kommandeurs der Berliner Sicherheitsmannschaft.

Herr Dreger, der bisherige Leiter des Sicherheitsbundes im Reichsministerium Berlin, hat in einem Brief an den Minister und Polizeipräsidenten Eugen Ehrlich um die Entlassung von seinem Posten gebeten. Der Polizeipräsident hat seinen Rücktritt genehmigt mit der Versicherung, daß er in den wenigen Tagen des Zusammenarbeitens mit Herrn Dreger nur den besten Eindruck von diesem gewonnen hätte. Wie wir hören, haben Differenzen mit dem Soldatenrat Herrn Dreger zu diesem Schritt veranlaßt.

Ausland bei der Großen Berliner Straßenbahn.

Die in zwei Auslieferungsbereichen der Großen Berliner Straßenbahn beschlossenen Arbeiter sind in den Ausland getreten, weil ihnen die geforderte sogenannte Entschädigungssätze von je 500 Mark nicht zugestimmt wurde.

Telegrammgenossenschaft in Göttingen.

Der A. und S. M. Göttingen hat bei jeder Lage auf die Angehörigen der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Waffen verteilt, wogegen die Deutsche Demokratische Partei in einem Telegramm an den Rat der Volksbeauftragten in Berlin Einspruch erhob. Dieses Telegramm, das die heftigste Verurteilung der Göttinger Bürgerkriegs ermahnte und die dringende Bitte um Abhilfe enthielt, wurde von den beiden Parteien, die der Göttinger Rat der Volksbeauftragten beim Reichstag beantragt eingeleitet hat, aufgeschoben und später auf Beschluß der Göttinger Volksbeauftragten beseitigt. Dasselbe Schicksal erfuhr eine ähnliche Protestnote der Deutschen Demokratischen Partei. Beide Eingriffe wurden jedoch der Regierung auf anderem Wege übermittelt.

Ein Protest der Eisenbahner Beamten.

Aus Eisenbahn wird gemeldet: Die Beamten der Reichs-, Staats- und städtischen Betriebe nahmen folgende Entschädigung an: Im Falle von unbedingten Eingriffen in den Betrieb irgendeiner Behörde werden die Beamten sofort und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln diesem Eingriff begegnet.

Dr. Franz Mehring gestorben.

Der sozialistische Schriftsteller Dr. Franz Mehring ist im Sanatorium Gurnee bei Berlin im Alter von 72 Jahren an den Folgen einer Lungenentzündung gestorben. Dr. Mehring ist einer der bestbekanntesten und fruchtbarsten sozialdemokratischen Schriftsteller Deutschlands. Vom Juni 1891 ab wurde er ständiger Mitarbeiter der „Neuen Zeit“, des sozialistischen Organes der sozialdemokratischen Partei, und übernahm den Auftrag, die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie zu schreiben, ein vierbändiges Werk, das 1897 in erster Auflage erschien. Später gab er den Nachlass von Marx und Engels und die Briefe an Engels an Marx und Engels heraus. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag 1903 war Mehring, der die aufkommende revisionistische Bewegung heftig schon beschränkt hatte, heftigen Angriffen wegen seiner früheren Haltung ausgesetzt.

Am Rande der Geduld.

Unter dieser Überschrift führt der „S. M.“ an die gehen von uns ebenfalls berichtet: Die Zusammenkunft in der Wilhelmshaven folgende durch ihren entscheidenden Ton bemerkenswerten Verhandlungen.

In Berlin beginnt das Ministerstadium, sich gegen unerwünschte Vermittlungen, die jeder Wille die Unterdrückung des preussischen Kriegsmittels gefunden haben, zur Wehr zu setzen, und in Berlin droht eine noch viel zahlreicheren zählenden Beamtenversammlung mit der Arbeitslosigkeit, wenn die Regierung sich nicht hart genug erweist, der militärischen gegen sie selbst gerichteten Gewaltandrohung des bisherigen Militärs und Soldatenrats ein Ende zu machen. Das sind Stimmungssymptome so ernster Natur, daß auch eine sozialistische Regierung an ihnen unmissbar achlos vorübergehen kann. Wir unterbreiten haben sie kommen sehen und haben es zu warnenden Hinweis auf sie nicht fehlen lassen. Aber jetzt müssen auch wir sagen, daß die Bewegung kaum noch anzuhalten sein wird, nachdem die Regierung — die fluchbeladene Regierung, darf man wohl sagen — in jeder, aber auch in jeder Beziehung veringert hat. Die Lage unseres Vaterlandes verfinstert sich mit jedem Tage, so daß selbst in der Reihen der Sozialdemokratischen Partei das Grauen herrscht. Die Revolution kann nicht regieren, und das Völkertum mit allen seinen lauterstehenden Kräften soll nicht nur nach wie vor von der Regierung ausgeschlossen bleiben, sondern fort und fort auch noch ein feiner Gehirnschmerz werden. Es ist in unklarer Weise, daß die befruchtete Reue von dem kleineren Teil nachdrücklich nicht verliert. Die Regierung soll sich nicht wundern, wenn nach dieser Erkenntnis nacheinander auf allgemein gehandelt werden wird.

Gegen den neuen Streik der Arbeitermilitärs.

nicht sich ein Flugblatt im „Militärwachenblatt“, das sich an die Offiziere und Unteroffiziere wendet. Es werden in ihm die Offiziere und Unteroffiziere aufgefordert, sich gegen Verweigerung und Entziehung zu verhalten. Es wurden ferner verlangt: Beibehaltung der alten chronologischen Abschieden und ein diszipliniertes Heer. Das Flugblatt wendet sich an die Arbeiter und schließlich: Ohne diszipliniertes Heer Veränderungen und Strafen sind.

Das erste blutige Zusammentreffen zwischen Polen und Deutschen auf weipreußischem Boden.

Das erste blutige Zusammentreffen zwischen Polen und Deutschen auf weipreußischem Boden.

agnose für Dienstag in Eulau bei Thom. Wie es sich aus 600 Mann weipreußisches Detachement der 14. Infanterie-Regiment, Kommandant Kommandant begab sich in Anwesenheit in die Stadt, um zu verhandeln, wurde aber auf dem Marktplatz von den Polen aus dem Wagen gestiegen und durch einen Streichhieb verwundet und später in einen Keller gesteckt. Die Polen führten nun mit dem weipreußischen Detachement den anrückenden Truppen entgegen und eröffneten das Feuer. Die Grenzschutztruppen verhielten sich erst mit Weipreußengewehr, dann schossen sie einige Schuss Artillerie in die Stadt und letzten schließlich Sturmtruppen an, die von vertriebenen Seiten in die Stadt eindringen und Ruhe und Ordnung herbeiführen. Heber Gutsche wurde noch am selben Tage der Besatzungszustand verhängt.

Polnische Winterkist.

Leutnant Rosalka vom 14. Infanterie-Regiment in Bromberg ist im Laufe von Verhandlungen, die er als Kommandant mit den Polen in Lüneburg führt, mit Gewehrverletzung erkrankt worden. Am 1. Januar verließ Lüneburg, aber noch lebend, wurde er in das Schützenlazarett eingeliefert, wo er inzwischen gestorben ist. — Wie dazu noch mitgeteilt wird, erstickt am folgenden Tage in dem Lazarett ein polnischer Matrose, um sich zu erkundigen, ob das „Schwein“ noch am Leben ist.

Für den Grenzschutz.

Das Dresdener Ministerium für das Militärwesen gibt bekannt: S. M. sämtlicher Garnisonen des 19. Korpsbezirks (Schlesien) haben beschlossen, daß Anwerbungen von Freiwilligen nach dem Osten nicht mehr stattfinden. Dies beweist, daß die dringende Notwendigkeit der Beseitigung ungenutzter Arbeitskräfte dort völlig verstanden wird. Die A. und S. M. ist jedoch nicht zufrieden, derartige Beschlüsse zu fassen und das Ministerium hat deshalb angeordnet, daß die unterbrochene Anwerbung von Freiwilligen für den Ostkrieg sofort wieder aufgenommen wird.

Herr v. Gerlach klagte.

Von der „Mittelschlesischen Korrespondenz“ wird gemeldet, daß die Herr v. Gerlach klagte, daß die Besetzung der politischen Kreise im Ministerium des Innern in andere Hände gelegt werden soll.

Unruhen in Oberhessen.

In Oberhessen Unruhen kam es in Myslowitz. Eine große Menschenmenge löste auf den Grubenhof der Maschinenfabrik Grube und mußte dreimal von der Polizei mit Wasserkanonen auseinander getrieben werden, ehe sie sich zerstreute. — 25 Personen überließen einen Bauernhof in der Nähe des Ortes Dieckhoffen im Kreis Weßmar, um ihn zu betreten. Es entpann sich ein heftiger Kampf, bei dem der Anführer getötet und zwei Teilnehmer verwundet wurden.

Ein französisches Kulturdokument.

Der Pariser „Coeur“ veröffentlicht folgenden Tagesbefehl des Chefs eines großen Arzteesgenossenschafts bei Colmar in Frankreich: Wenn der soziale Mißstand mit dem die Schweine bestim in den Katakomben nicht abnimmt, die man in sich überhebenden Meißel den Deutschen und Deutschen reichern zur Verfügung stellt, werde ich mich verweigern, alle Schweine zu verkaufen, und Ihr, französische Soldaten, mögt dann über menscheliche Ernährung kagen.

Französischer Gewaltakt in Stargard i. Pomm.

Die Stargarder Wälder bringen folgende Bekanntmachung: An die Bevölkerung von Stargard i. Pomm. Dienstag, 15. Januar, 9/1 Uhr werden französische und alliierte Militärs, Feldwebel und Mundschar (die nicht als Gefangen zu betrachten sind), Mitglieder der internationalen Auswanderungskommission, beizupflicht; im Stadtheater arteten die Militärten von jenseit der deutschen Soldaten, die sich als Patrouillen ausgaben, in Wirklichkeit aber nur Streifsuchten, zu Täuschung aus. Einige von diesen Soldaten sind wohlbekannt. Vorbehaltsgemäß, gemäß dem Befehl des Generals Dupont, Chef der französischen militärischen Wälder in Berlin, werden an der Stelle der Gefangenen der Gefangenen zu erziehen. Wenn die deutschen Gefangenen nicht ausreisen wollen, bin ich beauftragt, der Bevölkerung bekannt zu geben, daß die französischen Truppen vor der Friedensunterzeichnung die betreffenden Personen ausfindig machen werden. Hiermit teile ich der Garnison und der Bevölkerung von Stargard mit, daß ich, falls sich ein einziger Fall wiederholen sollte, der Stadt eine Art Besetzung anordnen werde. Die sich auf Schiffe vor Stettin befinden, beantragte Truppen, die sich auf Schiffe vor Stettin befinden, beantragte Truppen. Die Militärenten müssen respektiert werden, ich werde dafür alle Maßnahmen ergreifen. Stargard i. Pomm., den 15. Januar 1919. Der französische Kommandant des Militärs, Hauptmann Louis Tren.

Das wahre Gesicht der Pariser Konferenz.

Der Pariser Korrespondent der „Times“ schreibt: Unter den Delegierten auf der Konferenz herrschte die Eintracht, doch man wußte Hoffnungen haben dürfen, aber nach dem ungenügenden Verhalten. Ein einflussreicher Kreis besteht der lebhaft Wunsch nach Beseitigung der ungenügenden Organisation der Konferenz. Man beschließt, daß gegen die Sendung, die Konferenz als ausschließliche Angelegenheit der Großmächte zu betrachten, etwas unternommen wird, da sonst der Wert der Arbeit der großen Kommission ernstlich leiden würde. Reiner der Reue des Einzelnen besteht, daß die Eintracht ihrer politischen Zukunft wird brutal durch die Mehrheit des „Tribunum“ gestört und durch die übrigen Mitglieder der Friedenskonferenz mit einem frustrierten „Ja und Amen“ bekräftigt, und dementsprechend seine Mitarbeiter nicht seinen eigenen Worten, nicht den vereinbarten Gesetzen zurückzuführen, ohne sich der Verantwortung ihrer Mitglieder zu begeben.

Wilsons Botschaftsprogramm.

Das dem Haag wird gemeldet: Wilsons Botschaftsprogramm wird in Kürze bekanntgegeben werden. Er hat sich bei seinen Reden

